

**Ergebnisprotokoll
der 31. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung
und Energie vom 06.02.2014**

Beginn: 15.25 Uhr
Ende: 18.10 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat
Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion
Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion
Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer

Die Linke
Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann
Frau Zimmermann
Frau Kleemann
Herr Eickhoff
Frau Kamp
Frau Urban
Herr Viering
Herr Musiol
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Dr. Kumpfer
Herr Kurk
Herr Imholze
Frau Köhnlein
Herr Bürger
Frau Pieper
Herr Donaubaue

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

ASV
BBN

III Gäste

Herr Dr. Steinbrück
Herr Wagner
Herr Blanke
Herr Martin

Landesbehindertenbeauftragter
Vertretung des Beiratssprechers Walle
Beiratssprecher Huchting
OAL Huchting

IV Gastdeputierte

Frau Metschies
Herr Jägers
Herr Hamann
Frau Dr. Schierenbeck
Herr Hipp

SPD-Fraktion
SPD-Fraktion
SPD-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
CDU-Fraktion

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 31. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Nachtrag

TOP 13 a Stadtticket übertragbar machen und

TOP 15 d Zustand des Fahrradweges im Grünzentrum Huchting

Tischvorlagen zu

TOP 5 Bebauungsplan 2423 für ein Gebiet in Bremen-Neue Vahr

TOP 15a Stand der städtebaulichen Entwicklung des Dedesdorfer Platzes

Austauschseite zu TOP 8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan 52 (mit Vorhabenplan 52) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Farger Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 18/29 der Sitzung am 19.12.2013 Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 19.12.2013 Protokoll 18/30 der Sitzung am 09.01.2014)	L/S
-------	--	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

einstimmig

TOP 4	Bebauungsplan 2442 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen - Goltermannweg - Rablinghauser Deich - Bakeweg - Rablinghauser Landstraße - Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 18/334
-------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2442 nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2442 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Goltermannweg, Rablinghauser Deich, Bakeweg und Rablinghauser Landstraße (rückwärtig) (Bearbeitungsstand 29.11.2013) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 2442 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Goltermannweg, Rablinghauser Deich, Bakeweg und Rablinghauser Landstraße (rückwärtig) (Bearbeitungsstand 29.11.2013) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2423 für ein Gebiet in Bremen-Neue Vahr zwischen Otto-Braun-Straße, August-Bebel-Allee, Mittelkampsfleet und Carl-Severing-Straße - Planaufstellung + öffentl. Auslegung -61- / -FB 01-	Vorlage 18/326
-------	--	-------------------

Herr Pohlmann begrüßt die Vorlage. Nach einem langen Diskussionsprozess habe man eine Lösung gefunden, die eine positive Entwicklung für den Ortsteil bringe und zur Quartiersstärkung beitrage.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen – Neue-Vahr zwischen Otto-Braun-Straße, August-Bebel-Allee, Mittelkampsfleet und Carl-Severing-Straße (Bearbeitungsstand: 14.11.2013) ein Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2423 für ein Gebiet in Bremen – Neue-Vahr zwischen Otto-Braun-Straße, August-Bebel-Allee, Mittelkampsfleet und Carl-Severing-Straße (Bearbeitungsstand: 14.11.2013) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 2423 für ein Gebiet in Bremen – Neue-Vahr zwischen Otto-Braun-Straße, August-Bebel-Allee, Mittelkampsfleet und Carl-Severing-Straße (Bearbeitungsstand: 14.11.2013) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.

einstimmig

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 92 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Reihenhausbebauung mit vier Wohneinheiten in Bremen-Hemelingen in der Westerholzstraße -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung -61- / -FB 01-	Vorlage 18/338
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 92 für die Errichtung einer Reihenhausbebauung mit vier Wohneinheiten in Bremen-Hemelingen in der Westerholzstraße nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 92 für die Errichtung einer Reihenhausbebauung mit vier Wohneinheiten in Bremen-Hemelingen in der Westerholzstraße (Bearbeitungsstand: 02.12.2013) einschließlich Begründung zu.*
3. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 92 für die Errichtung einer Reihenhausbebauung mit vier Wohneinheiten in Bremen-Hemelingen in der Westerholzstraße (Bearbeitungsstand: 02.12.2013) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.*

einstimmig

TOP 7	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 56 (mit Vorhabenplan 56) zum Vorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum - nördlich Lesumer Heerstraße - östlich Eichenhof - südlich Friedehorstpark - westlich Brunnenhofstraße (Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung, Bericht der Deputation) -BBN-	Vorlage 18/332
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Wechsel des Vorhabenträgers zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 56 (mit Vorhabenplan 56) für ein Gebiet in Bremen - Burglesum, nördlich Lesumer Heerstraße, östlich Eichenhof, südlich Friedehorstpark und westlich Brunnenhofstraße zum Vorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“ zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 56 (mit Vorhabenplan 56) für ein Gebiet in Bremen - Burglesum, nördlich Lesumer Heerstraße, östlich Eichenhof, südlich Friedehorstpark und westlich Brunnenhofstraße zum Vorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“ (Bearbeitungsstand: 04.12.2013) abgesehen wird.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 56 (mit Vorhabenplan 56) für ein Gebiet in Bremen - Burglesum, nördlich Lesumer Heerstraße, östlich Eichenhof, südlich Friedehorstpark und westlich Brunnenhofstraße zum Vorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“.

einstimmig

TOP 8	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 52 (mit Vorhabenplan 52) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Farger Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen - Farger Straße - südlich Betonstraße - rückseitig Richard-Taylor-Straße - Wegeverbindung zwischen Farger Straße und Rackelsweg (Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung, Bericht der Deputation) -BBN-	Vorlage 18/333
--------------	--	-------------------

Frau Dr. Schaefer bedankt sich für die Ergänzung im Beschlussvorschlag. Seinerzeit sei den direkten Anwohnern dieser Sichtschutz zugesagt worden, der nun einvernehmlich mit dem Investor und dem Bauamt Bremen Nord aufgenommen worden sei.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt, dass von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 52 (mit Vorhabenplan 52) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Farger Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen Farger Straße, südlich Betonstraße, rückseitig Richard-Taylor-Straße und Wegeverbindung zwischen Farger Straße und Rackelsweg (Bearbeitungsstand: 02.12.2013) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 52 (mit Vorhabenplan 52) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Farger Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen Farger Straße, südlich Betonstraße, rückseitig Richard-Taylor-Straße und Wegeverbindung zwischen Farger Straße und Rackelsweg (Bearbeitungsstand: 02.12.2013).

einstimmig

TOP 9	Bebauungsplan 1288 für ein Gebiet in Bremen - Blumenthal zwischen - Landrat-Christians-Straße (rückwärtig) - Blumenthaler Aue - Weser - Weserstrandstraße Haus - Nr. 17, 15 und 1 (Änderung des Geltungsbereiches und öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 18/307
--------------	---	-------------------

Herr Werner findet den Bebauungsplan sehr gelungen. Es fänden sich viele Anregungen aus den Beteiligungsprozessen wieder. Der Weser- Radweg könne verlängert und fortgesetzt werden und auch der Ausschluss von Vergnügungsstätten sei zu begrüßen, während gleichzeitig Veranstaltungsstätten möglich seien.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplanes 1288 für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen Landrat-Christians-Straße (rückwärtig), Blumenthaler Aue, Weser und Weserstrandstraße Haus - Nr. 17, 15 und 1 auf das im Plan-entwurf (Bearbeitungsstand: 25.11.2013) bezeichnete Gebiet erweitert wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 1288 für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen Landrat-Christians-Straße (rückwärtig), Blumenthaler Aue, Weser und Weserstrandstraße Haus - Nr. 17, 15 und 1 (Bearbeitungsstand: 25.11.2013) einschließlich Begründung zu.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 1288 für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen Landrat-Christians-Straße (rückwärtig), Blumenthaler Aue, Weser und Weserstrandstraße Haus - Nr. 17, 15 und 1 (Bearbeitungsstand: 25.11.2013) einschließlich Begründung öffentlich auszulegen ist.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die vorzeitige Genehmigung der Gewerbeerschließung "Marschgehren" und "Zum Kammstuhl" im Geltungsbereich des Bebauungsplans 1288 (Bearbeitungsstand: 25.11.2013) zur Kenntnis.

einstimmig

TOP 10	Erhaltung von Brücken 2014 -ASV-	Vorlage 18/342
--------	-------------------------------------	-------------------

Herr Strohmann bittet um Prüfung der Beträge, die für die Nachprüfungen durch Ingenieurbüros genannt werden, da anlässlich der Berichterstattung zu den Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwerlasttransporte die dort genannten Zahlen ein anderes Verhältnis aufgewiesen hätten. Weiter fragt er nach dem Sachstand des Statik Moduls VEMAGS. Im letzten Bericht seien nach den Engpässen im letzten Sommer strukturelle Veränderungen angekündigt worden mit dem Ziel, Berechnungszentrum zu werden, damit in Bremen Anträge gestellt und Gebühren eingekommen werden.

Frau Pieper sagt zu, die Informationen zum Verhältnis der Antragszahlen zu den Kosten der Nachberechnungen nachzuliefern.

Herr Strohmann bittet darum, die Beantwortung um die erzielten Mehreinnahmen, die in Optimierungen im Ablauf resultieren, zu ergänzen.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass dieses Ziel bereits erreicht sei. Er weist darauf hin, dass die Ziele 30 der Tabelle, korrigiert werden müsse: in der Spalte Mittelbedarf 2014/2015 laute die korrekte Zahl 540.000 €.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass der Überprüfung und dem Erhalt der Brückenbauwerke sehr hohe Bedeutung zukomme. Der Presse war zu entnehmen gewesen, dass in anderen Bundesländern große Brückenbauwerke an Autobahnen gefährdet seien. Vor diesem Hintergrund möchte er wissen, wieviel Brücken Bremen habe und ob die Anforderungen des Bundes an eine zeitnahe Abarbeitung der Nachberechnungen erfüllt werden können. Er entnehme dem Bericht, dass eine Gefahrenlage, die zu einer Sperrung führen würde, in Bremen noch nicht bestehe.

Frau Pieper berichtet, dass sich die Einführung des VEMAGS- Moduls sehr verzögert habe. Es werde mit einer Einrichtung zum Jahresende gerechnet, das Programm müsse dann erst erprobt werden.

In Bremen gebe es etwa 800 Brücken, dazu kämen ca. 3000 Ingenieurbauwerke wie Treppenanlagen oder Stützmauern. Der Bund habe die Bemessungsrichtlinien geändert, so dass Bremen aufgefordert sei, für alle Brückenbauwerke nachzuberechnen, ob diese den neuen Bemessungsrichtlinien genügen. Dies sei ein enormer Aufwand, dem kaum gerecht werden könne. Dieses Problem bestehe ebenso in den anderen Länder und Kommunen. Es werde im Rahmen der Möglichkeiten kontinuierlich nachgerechnet. Alle Brücken seien verkehrssicher. Die Nachberechnungen könnten im Ergebnis dazu führen, dass einzelne Bauwerke verstärkt

oder ersetzt werden müssten. Wenn dies nicht zeitnah möglich sei, bedeute es möglicherweise Verkehrseinschränkungen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Sachdarstellung und die Kostenermittlung zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Durchführung der Maßnahmen 2014 zu und ermächtigt das Amt für Straßen und Verkehr im Bedarfsfall eine Erhaltungsmaßnahme zurückzustellen und stattdessen andere notwendige Maßnahmen des Brücken- und Ingenieurbaus durchzuführen.

einstimmig

TOP 11	Parkplatzsituation für Menschen mit Behinderungen verbessern Bericht der Deputation an die Bremische Bürgerschaft -ASV-	Vorlage 18/343
---------------	--	-------------------

Herr Hipp zeigt sich erstaunt über den Tenor der Vorlage. Es sei für Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen seien, ein sehr großer Aufwand, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Jede Fahrt sei mit der Frage nach Parkmöglichkeiten verbunden. Es sei traurig, wenn eine Erleichterung für diese Menschen, eine Möglichkeit, ihre Teilhabe am täglichen Leben zu verbessern, die in einem ersten Schritt etwa 60.000 € koste, nicht zu finanzieren sein solle. Es gebe sicher auch andere Möglichkeiten, z.B. die Einbeziehung der Beiräte mit Ihrer Ortskenntnis, was mit weniger Kostenaufwand verbunden wäre. Seine Fraktion werde diesem Berichtsentwurf nicht zustimmen.

Herr Dr. Steinbrück stellt fest, dass Behindertenparkplätze in seiner gesamten Amtszeit ein Dauerthema seien. Daher sei es sinnvoll, konzeptionell zu überlegen, wie man die Situation zumindest punktuell verbessern könne. Das Forum barrierefreies Bremen, ein Zusammenschluss von Menschen aus verschiedenen Behindertenverbänden, habe die Forderung nach einem Parkplatzkonzept aufgestellt und konkrete Vorstellungen zu den inhaltlichen Fragestellungen formuliert. Es sei wichtig, zu diesem Thema ins Gespräch zu kommen und die Probleme zu benennen. Die Menschen, die mit dem Rollstuhl und Auto unterwegs seien, würden die Situation aus ihrer eigenen praktischen Erfahrung heraus besser kennen, als sich das aus der Perspektive der Verwaltung ergebe, vor allem dort, wo keine Daten über die Behindertenparkplätze mehr vorhanden seien. Er schlägt ein Gespräch mit der Verwaltung und Vertretern des Forums barrierefreies Bremen vor.

Herr Gottschalk erklärt, dass dieser Bericht nicht der Schlusspunkt in dieser Frage sein könne. Er hält es für sinnvoll, diesen als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen. Das Thema müsse aber in dem Sinne, wie von Herrn Dr. Steinbrück vorgeschlagen, weitergehen. Hier sei ein konzeptioneller Ansatz nötig.

Herr Saxe fasst zusammen, dass es ein hohes Verbesserungspotenzial gebe. Es sei in vielen Fällen nicht bekannt, wo sich ältere Behindertenparkplätze befinden und welche Abmessungen sie haben. Der Vorschlag, die Beiräte mit ihrer Ortskenntnis einzubeziehen sei eine Möglichkeit, relativ kostengünstig diese Daten zu erheben. Auch er unterstützt den konzeptionellen Ansatz. Dass der Mittelaufwand von 60.000 € nicht zurechtfertigen sei, könne er nicht mittragen.

Herr Hamann erinnert an die Einrichtung von Fußgängerampeln an der Kurfürstenallee als barrierefreie Übergänge, teilweise gegen starke Widerstände. Heute sei unstrittig, dass es eine gute Maßnahme war. Er sei erschrocken, dass es in der Verwaltung keine Übersicht über die verkehrsrechtlichen Anordnungen geben solle. Er gehe davon aus, dass dies nur für sehr alte Anordnungen zutrefe und heute Anordnungen georeferenziert in Datenbanken abgelegt und ohne Kostenaufwand abgerufen werden könnten.

[Zustimmung von Frau Pieper]

Er regt an, auf die Hilfe von freiwilligen Internet Communities zurückzugreifen, die in Ihrer Freizeit die Stadt kartierten und das Portal Open Street Map bespielten. Dies wäre eine sehr kostengünstige Möglichkeit, um die gewünschten Daten zu erfassen.

Herr Hipp schlägt vor, vom vorgelegten Bericht Abstand zu nehmen und seitens der Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen eine geänderte Fassung vorzulegen. Er sei nicht gewillt, einen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, in dem stehe „Die Deputation ist der Auffassung, dass ein solcher Mittelaufwand nicht zu rechtfertigen wäre.“

Frau Dr. Schierenbeck möchte wissen, ob nicht mehr genutzte Behindertenparkplätze auch wieder aufgehoben werden können. Sie führt ein Beispiel an, wo nach dem Weggang einer Praxis für Ergotherapie zwei Behindertenparkplätze nicht mehr genutzt werden.

Herr Gottschalk betont, dass die Deputation in der Diskussion deutlich gemacht habe, dass sie einen anderen, weitergehenden Ansatz erwarte. Der Bericht sei ausführlich diskutiert und damit zur Kenntnis genommen worden. Der Bericht solle jedoch nicht in dieser Form an die Bürgerschaft weiter geleitet werden.

Herr Senator Dr. Lohse stellt fest, dass es Konsens sei, den vorgelegten Text nicht als abschließenden Bericht zur Kenntnis nehmen und an die Bürgerschaft weiterleiten zu wollen. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag in Kenntnisnahme zu ändern und um die Erstellung eines Konzeptes mit den Behindertenverbänden und den Ortsbeiräten und einen erneuten Bericht an die Deputation zu ergänzen.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Berichtsentwurf als Zwischenbericht zur Kenntnis.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gemeinsam mit dem Landesbehindertenbeauftragten, dem Forum für barrierefreies Bremen und unter Beteiligung der Ortsämter, ein Konzept zur Verbesserung der Parkplatzsituation für Menschen mit Behinderungen zu erarbeiten und der Deputation Bericht zu erstatten.*

einstimmig

TOP 12	Aktualisierte Lärmaktionsplanung – Neues Schallschutzfensterprogramm - 2-	Vorlage 18/346
---------------	---	-------------------

Herr Senator Lohse weist darauf hin, dass das In-Kraft-Treten für Juni 2014 vorgesehen sei. Dies sei in der verschickten Vorlage fehlerhaft.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der Vorlage und der „Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen des passiven Lärmschutzes (Schallschutzfenster) für das Stadtgebiet der Gemeinde Bremen (Lärmschutz-Richtlinie)“ zu.

einstimmig

TOP 13	Bremen darf den Bus nicht verpassen Bericht der Deputation an die Bremische Bürgerschaft - 5-	Vorlage 18/330
---------------	--	-------------------

Herr Hipp erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Der Antrag fordere eine Lösung für die Fernbuslinienverkehre, diese sei aus dem Bericht nicht ersichtlich. Der Antrag sei nicht zufriedenstellend abgearbeitet.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass Bremen in die neuen Verkehrsmöglichkeiten integriert sei und die Verwaltung zu den Verkehrsunternehmen in Bremen einen guten Kontakt habe. Unabhängig davon sei die Frage des ZOB zu betrachten. Aktuell sei dort keine optimale Lösung vorhanden. Es sei daher gut, dass das Ressort bereits eine Untersuchung in Auftrag gegeben habe.

Herr Saxe unterstützt dies. Im Antrag werde eine zentrale Lösung für den Omnibusbahnhof gefordert, hier sei man schon weiter, als im Antrag gefordert. Eine der Möglichkeiten sei, dass es beides geben könne, sowohl am Flughafen, als auch eine zentrale Lösung am Hauptbahnhof. Er finde gut, dass es die verschiedenen Varianten gebe, regt jedoch an, an einem möglichen Standort Flughafen ausdrücklich die BSAG miteinzubeziehen.

Herr Senator Dr. Lohse schlägt vor, die Beschlussempfehlung an die Bürgerschaft wie folgt zu formulieren: „Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stellt fest, dass die im Antrag geforderte infrastrukturelle Lösung bereits erarbeitet wird. Wie gefordert, werden dabei die Busunternehmen einbezogen. Ebenso ist die Einbindung des Standortkonzepts auch hinsichtlich der Fernbuslinien in das touristische Gesamtkonzept gewährleistet. Wesentliche Teile des Antrags der CDU befinden sich somit bereits in der Umsetzung durch die Verwaltung, wodurch ein Beschluss über den Antrag entbehrlich ist.“

Herr Hipp sieht keinen Grund, den Antrag für entbehrlich zu halten, weil der Prozess eben noch nicht abgeschlossen sei, sondern erst am Anfang stehe. Daher könne seine Fraktion auch der geänderten Beschlussempfehlung nicht zustimmen.

Herr Imhoff weist drauf hin, dass seine Fraktion den Antrag gestellt habe, weil sie eben nicht sehe, dass die Problematik bereits weitgehend bearbeitet sei.

Frau Dr. Schaefer bittet darum, den Landesbehindertenbeauftragten mit einzubeziehen und den Aspekt der Barrierefreiheit mit zu berücksichtigen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt dem Berichtsentwurf entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft).

Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

NACH-TRAG TOP 13a	Stadtticket übertragbar machen! Bericht der Deputation an die Bremische Bürgerschaft - 5-	Vorlage 18/344
--------------------------	--	-------------------

Herr Arndt ist überrascht über die Kosten, die für eine Übertragbarkeit des Stadttickets aufgewandt werden müssten, insbesondere, da das StadtTicket bereits im Preis erhöht worden sei. Dies sei ein hoher Mittelaufwand für Bremen, aber es gehe hier um ein Sozialticket, das in Anbetracht der Sätze, die Hartz IV für Mobilität vorsehe, nicht mehr sozial genannt werden könnte. Hinzu komme, dass das StadtTicket nicht auf den Linien der Regio-S-Bahn, also auf den VBN Linien innerhalb des Stadtgebietes Bremen genutzt werden dürfe.

Herr Jägers erklärt, der Preisanstieg sei sehr moderat und enthalte nur eine Anpassung an die gestiegenen Kosten. Er sei nicht dafür zu sagen, das Geld rechne sich im Kontrakt. Den Kontrakt müsse man immer im Sichtfeld haben, die Betriebsparteien hätten sich darin verpflichtet, bestimmte Parameter einzuhalten. Von daher werde der Antrag zu Recht abgelehnt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt dem Berichtsentwurf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft).

Gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE

TOP 14	Konzept „Bremen – Innenstadt 2025“ - Ergebnisse der Beirätebefassung - - Innenstadtprojekte 2014/15 - -7-2-	Vorlage 18/328
---------------	---	-------------------

Her Saxe begrüßt die Vorlage ausdrücklich. Die Verknüpfung zu den umliegenden Stadtteilen sei ein Fortschritt. Er möchte wissen, ob in der Auflistung der Maßnahmen die fehlenden Summen ergänzt werden könnten. Einzelne Maßnahmen und die dahinterstehenden Summen seien so nicht nachvollziehbar.

Herr Werner findet das Konzept grundsätzlich gut. Jedoch erscheinen die Zahlen der Ressorts nicht vergleichbar und einige Titel der Liste in ihrer Bedeutung für die Aufwertung der Innenstadt fraglich. Es gehe um Strukturen in der Innenstadt und um Verknüpfungsstrukturen zu den anliegenden Stadtteilen und nicht um die Ausrichtung von Veranstaltungen. Einige Maßnahmen seien nicht mit Summen hinterlegt und er habe den Eindruck, dass auch nicht alles, was z.B. im Bereich Bahnhofsvorstadt geplant sei, in der Liste auftauche.

Herr Pohlmann vermisst bei der Stärkung der umliegenden Quartiere die Bereiche Woltmershausen, Walle, Utbremen und Findorff. Auch dort seien die Beiräte beteiligt worden, fänden sich aber nicht im Konzept wieder.

Herr Imholze erklärt, dass die Struktur der Liste der Anlage 6 sich an dem Pesch-Konzept orientiere. Man könne über zwei Jahre vergleichen, was sich getan habe und wo noch Handlungsbedarf sei. Die Liste sei so konzipiert, dass sie fortgeschrieben werden könne. Die Ressorts hätten unterschiedliche Ansätze, welche Projekte in die Liste aufgenommen werden. Beispielsweise der European Maritime Day sei ein Projekt des Wirtschaftsressorts, das aus des-

sen Sicht durchaus der Aufwertung der Innenstadt diene. Die Liste sei ein Konzept, in dem noch nicht alle Projekte auch mit konkreten Summen hinterlegt sein könnten, da es sich um Maßnahmen in unterschiedlichen Planungsstadien handele. Einige Themen werden aus anderen Kontingenten finanziert. Die einzelnen Projekte werden vor Umsetzung jeweils in der Deputation zur Beschlussfassung vorgelegt. Er schlägt vor, in einem gesonderten Bericht aufzulisten, welche Maßnahmen aktuell laufen, auch im Rahmen von anderen Programmen wie der Städtebauförderungsprogramme.

Herr Imhoff erinnert daran, dass seine Fraktion das Konzept zur Entwicklung des Ansgariviertels und die Umstrukturierung der Innenstadt immer abgelehnt habe, weil es nicht umfassend sei. Es sei grundsätzlich eine richtige Entscheidung, dieses Konzept mit den anliegenden Stadtteilen zu vernetzen. Aber man müsse weiter denken. Das Konzept enthalte Maßnahmen, die zwar nicht verkehrt, jedoch nicht umsetzbar seien, auch weil die finanziellen Mittel fehlten. Insofern werde sich seine Fraktion enthalten.

Herr Liess gibt zu bedenken, dass, wenn man überlege, wie die das Standortmarketing angelegt sei und welche Rolle und welche Funktion es im Rahmen des Tourismuskonzepts des Senats habe, auch Maßnahmen wie der European Maritim Day durchaus Sinn machen würden. Dies sei eine Stärkung des Einzelhandelsstandorts insgesamt und von daher des Messe- und Tourismusstandorts Bremen.

Herr Arndt erklärt, dass er sich zu der Vorlage enthalten werde. In den Anlagen aufgeführt sei ebenfalls der Bahnhofsvorplatz, zur dort vorgesehenen Bebauung habe er sowohl aus stadtentwicklungspolitischer wie auch aus architektonischer Sicht eine andere Auffassung.

Herr Senator Dr. Lohse schlägt vor, die offenen Fragen zu klären und die Vorlage in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen.

- Aussetzung -

TOP 15	Berichte der Verwaltung	
TOP 15a)	Stand der städtebaulichen Entwicklung des Dedesdorfer-Platzes - 6 -	BdV schriftlich

Herr Pohlmann erinnert an die weit zurückreichende Vorgeschichte des Dedesdorfer Platzes. Nach der Wohnungsbaukonzeption war der Dedesdorfer Platz für eine komplette Bebauung vorgesehen. Seitdem habe sich viel getan. In einem nahezu vier Jahre dauernden Prozess hätten sich Bürgerinnen und Bürger, der Beirat und viele Initiativen Gedanken gemacht, wie der Platz gestaltet werden könne. In einem Prozess der Beteiligung sei man zu diesem Kompromiss gekommen, wonach neben dem zu bebauenden Bereich auch eine große Fläche zur Gestaltung als Grünfläche hin zu einer richtigen Waller Mitte vorgesehen sei. Entscheidend sei, wann mit einer Umsetzung und mit einem Konzept auf Stadtteilebene gerechnet werden könne.

Herr Arndt ist irritiert, dass zwar ein Gebäude entfallende, sich dadurch aber die bebaubare Fläche nicht reduziere, sondern weiter von 5.000 m² zu bebauender Fläche die Rede sei. Walle sei hoch verdichtet, die Bewohner des Quartiers müssten das Vorrecht haben auf eine Stadtteilmitte mit Grün und auf eine Versammlungsstätte.

Herr Senator Dr. Lohse stellt klar, dass eine Freifläche verbleibe. Mit den Anwohnern und den Initiativen sei das Ressort in engen Gesprächen.

Herr Wagner führt aus, dass es hier die Chance gebe, auf diesem großen Platz eine wirkliche Waller Mitte, ein qualitativ gutes Waller Zentrum zu gestalten. Dieser Platz sei ein Scharnier

zwischen den umgebenden Ortsteilen und Quartieren und viele Menschen im Stadtteil würden darauf warten, dass diese Fläche frei durchgängig werde und es eine große, frei nutzbare Freifläche gebe. Aus stadtteilpolitischer Sicht seien dem Beirat folgende Punkte wichtig:

- Die freien Wegebeziehungen über diesen Platz zwischen den Quartieren.
- Ein großer, frei nutzbarer Quartiersplatz für vielfältige Nutzungen.
- Ein angemessener Beitrag zur Wohnraumversorgung, aber in Relation zu den verbleibenden Freiflächen.
- Ein Ersatz für das wegfallende Vereinsheim des Bremer Sport Vereins, dieses habe eine wichtige kulturelle und gesellschaftliche Funktion im Stadtteil als Tagungs- und Veranstaltungsraum wahrgenommen und es wäre wichtig, dafür einen Ersatz in einem der Gebäude am Platz zu finden.
- Die vollständige Dioxinsanierung.

Er bittet um Erläuterung, wie die Relation von Bau- zu Freifläche zustande komme, da auch ihm aufgefallen sei, dass sich die bebaubare Fläche rein rechnerisch nicht verkleinert habe, gleichzeitig sei auf der Planskizze ein größerer Freiraum, als er zwischenzeitlich verblieben wäre, ersichtlich. Damit zusammen stehe auch die Frage, ob eine Bebauung des Erdbunkers geplant sei. Der Beirat wünsche sich Erläuterungen zu den Kennzahlen, die Immobilien Bremen zugrunde lege und zu den Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Aufgabe des Sportplatzes, gerade im Hinblick auf einen Ersatz des Vereinsgebäudes.

Frau Prof. Dr. Reuther berichtet, dass sich in einer Veranstaltung am 3.12.2013 im Ergebnis eines Prozesses im vergangenen Jahr im Grunde dieser Dissens in Bezug auf die Bebauung herausgestellt habe. Man habe dort Verabredungen zum weiteren Verfahren getroffen, in dem auch die vom Beirat hier formulierten Fragen abgearbeitet werden sollten. Dieser Bericht stelle dar, wo man stehe und was vereinbart sei, was man als Aufgabenstellung und weitere Untersuchung, auch städtebaulich, mitgenommen habe. Es sei noch keine abschließende Antwort, die Verabredung sei, dass man im Zeitraum Ende Februar, Anfang März wieder zusammen komme und dann ein weiter entwickeltes Konzept vorliegen sollte. Daneben werde dieses Projekt auch in der Immobilienkommission zu behandeln sein.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 15b)	Partikelfilter für Baumaschinen -2-	BdV schriftlich
---------------------	---	--------------------

Herr Jägers erklärt, dass es Erörterungsbedarf gebe, nicht nur mit der Handwerkskammer, sondern auch mit den Verbänden, insbesondere mit der zuständigen Fachgewerkschaft. Es gehe hier in erster Linie um Arbeitsschutz, den Schutz der Bauarbeiter. Das Thema werde schon längere Zeit bewegt, z. B. in einer Pressemitteilung der IG BAU 2012 und in einer kleinen Anfrage der SPD- Fraktion vom 5.9.2012. Dort wurde geschrieben, dass eine Regelung für spezielle Emissionsanforderungen an den Betrieb mobiler Maschinen und Geräte in Bremen nur innerhalb der Umweltzone getroffen werden könnten. Eine gesamtbremische Regelung erfordere, dass das Tariftreuegesetz entsprechend anpasst werde. Er empfiehlt dringend, die Verbände mit einzubeziehen und Regelungen über eine stufenweise Einführung zu treffen, da ansonsten erheblicher Widerstand zu erwarten sei. Aus Sicht des Arbeitsschutzes begrüße er die Vorlage.

Herr Saxe weist darauf hin, dass die WHO Dieselruß in die höchste Klasse krebserregender Stoffe einstufe. Von allen dieselrußexponierten Berufsgruppen hätten Baumaschinenführer das mit Abstand höchste Krebsrisiko. Dieser Thematik müsse man sich annehmen. Daneben müssten auch die Belange der Unternehmen berücksichtigt werden, da eine Umrüstung mit hohen

Kosten verbunden sein könne. Eine Möglichkeit sei es, neben den sozialen Aspekten in der Vergabe auch Umweltschutzaspekte zu berücksichtigen.

Herr Imhoff hält die geplante Maßnahme für einen starken Einschnitt in die Bauwirtschaft. Es sei nicht in Ordnung, dies ohne Absprache mit den Verbänden zu machen. Es werde immer von Feinstaub durch Baumaßnahmen geredet. Natürlich seien die Feinstaubwerte auf Baustellen zu hoch. Dafür sei aber nicht nur Dieselruß ursächlich, sondern bei Abbruch- und Neubau- maßnahmen entstehe naturgemäß Staub. Hier müsse man genau unterscheiden. Es gebe Standards, die zukünftig eingehalten werden müssten und das sei gut so. Aber bereits jetzt vorzupreschen und im gesamten Stadtgebiet Dieselrußfilter zu fordern, sei zu streng und werde daher von seiner Fraktion nicht begrüßt.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass zwischen Staub insgesamt und Feinstaub differenziert werden müsse. Dieselruß sei aufgrund seiner chemischen Beschaffenheit ungleich stärker krebserregend als Feinstaub aufgrund seiner Partikelgröße.

Frau Dr. Schaefer erinnert daran, dass einer der Gründe für die Einrichtung der Umweltzone in Bremen gewesen sei, dass einzelne Bremer Straßenzüge deutschlandweit bekannt seien, weil dort der Grenzwert für Feinstaub in der Vergangenheit immer wieder stark überschritten worden sei. Verschiedene Maßnahmen wurden eingeleitet. An der Neuenlander Straße habe man inzwischen viel bessere Werte aufgrund der Entlastung durch die A 281. Wenn man ein Problem erkenne, hier ein Gesundheitsproblem, nicht nur für die Menschen, die auf einer Baustelle arbeiten, sondern auch für die, die in diesen Straßenabschnitten leben, dürfe man dieses Problem auch angehen. In diesem Bericht stehe eindeutig, dass vergaberechtlich relevante Fragen derzeit noch geprüft werden und man werde auch mit der Handwerkskammer und anderen Verbänden sprechen. Dass man das Problem angehe, sei für Bremen eher förderlich.

Herr Jägers begrüßt ausdrücklich, dass Bewegung in die Thematik komme. Er selbst habe mehrfach in der Deputation nachgefragt. Arbeitsschutz dürfe nicht hinausgezögert werden. Staub sei immer dann besonders schädlich, wenn man ihn nicht sehen könne, wie die winzigen und daher lungengängigen Asbestfasern. Dies gelte auch für Dieselrußstaub, der ebenfalls lungengängig sei. Auch Baustaub sei gesundheitsschädlich. Es gehe um bestimmte Stäube, die man filtern könne. Damit die Maßnahmen Erfolg habe, müsse die Einhaltung kontrolliert werden. Dies sei noch zu regeln, ebenso welche DIN- Normen Anwendung finden sollen. Weiter müsse hinterfragt werden, warum Kleingeräte unter 19 KW ausgenommen werden sollten. Es sei unbedingt erforderlich, alle betroffenen Verbände anzuhören, um die Akzeptanz der Maßnahme zu erleichtern.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung „Partikelfilter für Baumaschinen in der Umweltzone“ zur Kenntnis.

TOP 15c)	Verordnung über hochwassergefährdete Gebiete im tidebeeinflussten Einzugsgebiet der Weser, der Lesum und der Ochtum in der Stadtgemeinde Bremen (Hochwassergebietsverordnung Weser – Weser-HwGebV) -3-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Musiol erläutert den Inhalt der Verordnung.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

NACH- TRAG TOP 15d)	Zustand des Fahrradweges im Grünzentrum Huchting -3-	BdV mündlich
--	--	------------------------

Herr Musiol berichtet, dass es sich bei der fraglichen Wegeverbindung, wie bei vielen anderen Wegen in Grünanlagen, um einen Weg mit wassergebundener Decke handele. Dieser Weg werde stark frequentiert und sei in einem verkehrssicheren Zustand. Er werde regelmäßig kontrolliert und repariert. Aufgrund der starken Frequentierung sei eine Asphaltdecke wünschenswert. Es werde daher geprüft, ob eine Finanzierung in den nächsten Jahren darstellbar sei.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

TOP 16	Verschiedenes	
TOP 16a	Bebauungsplan 2449 Willakedamm Schreiben des Ortsamtes	

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass sowohl Ortsamt wie auch Beirat Unzufriedenheit am Verfahren geäußert hätten. Es sei in der Deputation ein Aufstellungsbeschluss gefasst worden, der das Verfahren einleite, in dem auch die Beiratsbefassung stattfinde.

Herr Staatsrat Golasowski führt aus, dass vor einem Planaufstellungsbeschluss vorrangig wichtig sei, ob es inhaltlich zwischen dem Beirat und der Deputation, die diesen Planaufstellungsbeschluss fassen will, Differenzen gebe. Vor der Sitzung der Deputation im Dezember habe man verglichen, welches Planungsziel mit dem Beirat seitens der Verwaltung erörtert worden war und was als Planungsziel in dem Planaufstellungsbeschluss enthalten sei. Dabei seien keine Differenzen festgestellt worden. Der Beirat sei daran interessiert, auf dieser Fläche nicht nur Wohnen, sondern auch Gewerbeentwicklung zu haben, um Arbeitsplätze im Stadtteil zu schaffen. All das sei in dem Planungsziel beschrieben: Wohnen, Gewerbe, schrittweise Entwicklung, dazu sollen Zukunftswerkstätten durchgeführt werden. Da inhaltlich keine Differenzen festgestellt wurden, sei der Deputation im Dezember empfohlen worden, den Planaufstellungsbeschluss zu fassen. Dieser sei erforderlich gewesen, weil demnächst das Planfeststellungsverfahren zur Linie 1 und 8 beginnen solle. Im Schreiben des Ortsamtsleiters stehe, dass der Beirat offenbar davon ausgehe, es sei nur Wohnen geplant, weil die Fläche in der Liste 30+ stehe. Das sei nicht richtig. Das Planungsziel sei viel umfassender beschrieben. Es scheint hier weniger ein inhaltliches, als vielmehr ein kommunikatives Problem zu bestehen. Fakt sei, die Verwaltung wolle mit dem Beirat zusammen gestalten. Dies sei eine besondere Chance für den Stadtteil. Der Auftakt dazu sei formal der Planaufstellungsbeschluss und inhaltlich die Durchführung der Zukunftswerkstätten.

Herr Werner führt aus, dass vor der Dezembersitzung darüber diskutiert worden sei und sein Eindruck gewesen war, dass alle Forderungen, alle Wünsche in diesem Planaufstellungsbeschluss offen gehalten seien. Ein Mischgebiet bedeute Wohnen und Gewerbe. Insofern verstehe er nicht, was inhaltlich in diesem Beschluss fehle. Eine große Herausforderung in diesem Prozess werde die Erschließung sein. Der Planaufstellungsbeschluss stehe einer schrittweisen Erschließung nicht entgegen, die Frage der Finanzierung werde ebenfalls dort nicht geregelt. Dies sei ein Verfahrensbestandteil der nächsten Schritte, darüber müsse offen diskutiert werden.

Herr Martin erklärt, dass der Startschuss bereits 2004 gefallen sei, als der erste Beteiligungsprozess vom Beirat in Gang gesetzt worden war. Das Ergebnis sei in einem Rahmenkonzept niedergeschrieben worden. Dieses Rahmenkonzept sei ausschlaggebend und verbindlich für den Beirat. Auf der Grundlage dieses Rahmenkonzeptes habe IB ausgeschrieben. Bis September 2012 sei man davon ausgegangen, das sei die verbindliche Haltung zwischen Bauressort, IB und Beirat. Dann habe es 2012 eine Veröffentlichung gegeben, dass dieses Areal für 80 WE zur Verfügung stehen solle. Für den Beirat sei klar gewesen, dass dies auf dem kleinen Gelände nicht auf der Basis der bisherigen Planungen zu realisieren sei. Das Ortsamt habe dann mit IB und dem Planungsamt zusammen überlegt, wie man über den Rahmenplan erneut reden könne, ohne ihn gleich vollkommen außer Acht zu lassen. In einer Ausschusssitzung des Beirats wurde das Thema im November diskutiert. Es wurde vorgestellt, was Sachstand war, wo es hingehen solle und wie man zu einer neuen Konzeption innerhalb des Rahmenkonzeptes komme. Anfang 2014 sollte es planungsmäßig offiziell weiter gehen. Der Beirat habe dem zugestimmt und die einzelnen Fraktionen hätten bereits ihre Teilnehmer an den Werkstattgesprächen benannt. Daraufhin wurde bekannt, dass am 9. Dezember ein Planaufstellungsbeschluss gefasst werden sollte. Darin habe gestanden, dass die Fläche in die 30+ Liste aufgenommen sei. Für den Beirat sei klar gewesen, dass sich dahinter die 80 WE verbergen und somit nicht mehr über das Konzept geredet werden müsse, da dies mit 80 WE nicht zu verwirklichen sei. Der Beirat habe darum gebeten, den Planaufstellungsbeschluss zu vertagen, um sich im Januar damit befassen zu können. Diese Chance habe der Beirat nicht erhalten, sondern der Planaufstellungsbeschluss wurde durch die Deputation im Dezember gefasst.

Herr Werner stellt klar, dass die 30+ Liste kein Beschluss sei, keine Festlegung, sondern eine Arbeitsliste, eine politische Willenserklärung, die beschreibe, welches Potenzial auf verschiedenen Flächen im Stadtgebiet bestehen könnte. Mit dieser Liste werde in allen Ortsteilen gearbeitet. Die Beispiele am Dedesdorfer Platz und am Werdersee würden belegen, dass es sich nicht um statische Zahlen handle, sondern Spielraum nach oben – wie am Werdersee- und nach unten – wie am Dedesdorfer Platz- vorhanden sei.

Der 2004 entwickelte Rahmenplan sei die Grundlage für die Planungen. Aber seitdem habe es Entwicklungen gegeben, die berücksichtigt werden müssten. Es sei bisher nicht gelungen, das Gelände zu vermarkten. Seit 2004 habe sich der Bedarf an Wohnraum in der gesamten Stadt erhöht. Neue Themen seien aufgetaucht, z.B. die Verbindung von Wohnen und Arbeiten, was dem Wunsch des Beirats nach Gewerbeansiedlung nahe liege und wofür man ein Mischgebiet brauche, welches in dem Planaufstellungsbeschluss vorgesehen sei. Diese Themen gehörten in das weitere Verfahren zum Bebauungsplan hinein.

Frau Dr. Schaefer sieht keinen inhaltlichen Dissens. Strittig seien die 80 WE, die aber nicht im Beschluss stehen. Der Planaufstellungsbeschluss sei der formale Startschuss für das Verfahren, in dem alle Betroffenen – auch der Beirat – beteiligt und Inhalte besprochen würden. Daher interessiere es sie, wie das geplante Verfahren aussehe, in das die Ergebnisse des Rahmenplanes einfließen sollten.

Frau Dr. Schierenbeck regt an, seitens der Verwaltung für die Mitglieder der Bauausschüsse eine Veranstaltung zu den Grundlagen und rechtlichen Fragen der Bauleitplanung anzubieten, wie sie auch die Mitglieder der Baudeputation erhalten hätten.

Herr Staatsrat Golasowski weist darauf hin, dass ein Planaufstellungsbeschluss auch ein Planungsziel enthalten müsse. Dieses beinhalte jedoch nicht die 80 WE der 30+ Liste der prioritär zu entwickelnden Wohnungsbaufäche, sondern beginne erst auf Seite 3 mit dem Satz „Ziel ist es..“. Alles, was dann beschrieben werde, sei auch am 5.11.2013 dem Fachausschuss des Beirats vorgestellt worden.

Herr Blanke betont, dass der Beirat sich nicht vorstellen könne, dass 80 WE auf der für Wohnungsbau vorgesehenen Fläche realisiert werden könnten. Er befürchte daher, dass die Verwaltung den für Gewerbe vorgesehenen Bereich zugunsten von Wohnnutzungen verkleinern werde.

Herr Senator Dr. Lohse erläutert, dass die Frage, wie viele Wohneinheiten zu verwirklichen seien, im Werkstattverfahren erörtert werde und dies möglicherweise zu einer Korrektur der Zahlen führen werde.

Herr Imhoff appelliert an den Beirat und das Ressort wieder zusammenfinden und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, die dem Stadtteil, dem Haus und der Stadtplanung gerecht werden.

Herr Pohlmann erinnert an die Bebauung am Dedesdorfer Platz, wo nach dem Wohnungsbaukonzept eine vollständige Bebauung vorgesehen war. Das Wohnungsbaukonzept sei wesentlich verbindlicher, als die 30+ Liste. Trotzdem sei es gelungen, im Laufe des Beteiligungsverfahrens eine Lösung zu finden, die eine deutlich geringere Bebauung vorsehe. Genauso sei es hier möglich, im Werkstattverfahren von den 80 WE abzurücken.

Frau Prof. Dr. Reuther führt aus, dass am 26. Februar, die Städtebauwerkstatt beginnen solle. Es gebe eine Vorstellung aus dem Rahmenplan, wie man das Gebiet entwickeln könne. Die Entwicklungen der letzten Jahre im Gebiet müssten jedoch ebenfalls betrachtet und der Rahmenplan daraus weiter entwickelt werden. Genau dies sei Gegenstand dieser Werkstatt.

Herr Senator Dr. Lohse betont, dass hier ein Prozess angelegt sei, der die gleiche Qualität aufweise, wie der Prozess am Dedesdorfer Platz, aber auch Entwicklungsprozesse in anderen Stadtteilen. Man wolle offen aufeinander zugehen, respektvoll miteinander umgehen und sich gemeinsam um Lösungen bemühen.

TOP 16b	Problematik des Zuparkens markierter Ausstiegsbereiche für Rollstuhlfahre an Haltestellen durch Fahrräder	
----------------	--	--

Der Berichtswunsch von **Herrn Werner und Herrn Gottschalk** wird zu einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

TOP 16c	Nutzung der Deichwege (Lesumbroker Deich) durch Fahrradfahrer und Fußgänger	
----------------	--	--

Der Berichtswunsch von **Frau Dr. Schaefer** wird zu einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

TOP 16d	Fußgängerzone in der Alten Hafenstraße in Vegesack	
----------------	---	--

Der Berichtswunsch von **Frau Dr. Schaefer und Herrn Saxe** wird zu einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

TOP 16e	Bericht zum B-Plan 2018 – Neubau REWE und Wohngebäude für das Gebiet Buntentorsteinweg - Hardenbergstr. - Kirchweg	
----------------	---	--

Der Berichtswunsch von **Herrn Arndt** wird zur nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

TOP 16f	Beleuchtung Fuß-/Radverbindung Werdersee/ Huckelriede	
----------------	--	--

Der Berichtswunsch von **Herrn Saxe** wird zu einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

TOP 16g	Förderrichtlinie für kommunale Klimaschutzprojekte	
----------------	---	--

Der Berichtswunsch von **Frau Dr. Schierenbeck** wird zu einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 31. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll